Enztal-Bote.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. :: Bezugspreis Mk. 3.30 vierteljährl., Mk. 1.10 monatl.; durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr Mk. 3.30, im sonstig. inländ. Verkehr Mk. 3.40 u. 30 Pf. Postbestellgeld.

Amtsblatt für Wildbad

Anzeiger und Tagblatt für das obere Enztal.

Anzeigenpreis: die einspalt. Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeilen 50 Pfg., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: 8 Uhr vormittags

Druck und Verlag der Wildbader Verlagsdruckerei und Buchhandlung; Schriftleitung: Th. Gack. Fernsprecher 33.

Jahrgang 53 | Anzeigenannahme: In Wildbad: Wilhelmstraße 99 | Wildbad, Donnerstag, den 3. Juli 1919 | Anzeigenannahme: In Calmbach: Hauptstraße 109 | Nr. 144

Tagesschau.

Laut „Lokalanzeiger" wächst die Bewegung in München so, daß mit einem Aufstand gerechnet werden muß. Gestern ist ein Anschlag der Kommunisten auf die Schulkaserne noch vereitelt worden. Die Einwohnerwehr ist ihrer Aufgabe nicht gewachsen.

*

Aus Sachsen wird mitgeteilt, daß infolge des Streiks der Eisenbahner verschiedene Gasanstalten aus Mangel an Kohlen unmittelbar vor der Betriebseinstellung stehen.

*

Der Unterausschuß des Verfassungsausschusses für die Vorbereitung des Gesetzes über die Reichstagswahlen, insbesondere hinsichtlich einer Ausgestaltung des Verhältniswahlsystems wird seine Arbeiten bald aufnehmen. Die Tätigkeit des Verfassungsausschusses wird sich demnach auch auf das Wahlgesetz erstrecken.

*

Eine von über 10000 Eisenbahnarbeitern besuchte Versammlung in Frankfurt a. M. beschloß gestern Nachmittag von heute 6 Uhr ab in den Streik zu treten, der sich zunächst nur in passiver Resistenz äußern solle.

*

Heute vormittag wurden auf dem Wochenmarkte in Hoerde sämtliche Verkaufsstände gestürmt und die Waren teilweise zu erniedrigtem Preise verkauft, teils zerstört. Sicherheitswehr und Polizeimannschaften griffen ein, wobei Schüsse fielen. Es gab mehrere Schwerverwundete.

*

Der Magistrat Berlin gibt bekannt, daß die Herabsetzung der Lebensmittelpreise für Groß-Berlin am Montag, den 7. Juli eintreten wird.

*

Der Exkaiser trifft Vorbereitungen zu seiner Abreise. Er hat in Archen ein Haus gekauft. Es wurden strengste Polizeimaßnahmen zu seiner Ueberwachung getroffen. Der Zutritt und die Annäherung zum Schlosse ist den Spaziergängern strengstens untersagt.

Der feindliche Kommissionsbericht über die Schuldfrage.

Die Schweizer Telegraphen-Agentur Republica erhält von ihrem Pariser Mitarbeiter soeben einen authentischen Auszug aus dem Bericht der Kommission der a. und a. Regierungen für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegenden Strafen. Es ist derselbe Bericht, von dem Clemenceau in seiner Note an den Grafen Brockdorff-Rantzau vom 20. Mai erklärt, es sei ein Dokument interner Natur und könne der deutschen Friedensdelegation nicht mitgeteilt werden. Der in der Schweiz jetzt veröffentlichte interessante Auszug daraus bringt außer dem Berichte der Kommission über die Kriegsschuld der Mittelmächte auch noch die von der amerikanischen Delegation zu Protokoll gegebenen Vorbehalte, die sich u. a. gegen die Aburteilung des ehemaligen Deutschen Kaisers durch einen internationalen Gerichtshof wenden.

Der Bericht beschränkt sich darauf vierzig Stücke lediglich aus den Entente-Farbbüchern zu verwerten. Dagegen werden die Farbbücher der Mittelmächte ganz beiseite gelassen. Um so mehr werden die fragwürdigen Enthüllungen Lichnowskys, Mühlons und Lerchenfelds ausgeschlachtet. Ohne diese letzteren würde das diesem Kommissionsbericht zu Grunde gelegte Beweismaterial seiner angeblich schlüssigsten Stücke vollends entbehren.

Der Bericht beginnt mit den Hinweisen auf kriegslustige Aeußerungen des Generalstabschefs v. Moltke aus dem Herbst 1913, die bereits als erfunden entlarvt sind. Das ist das einzige Beweisstück, das für die angebliche deutsche Kriegshetze vor dem Kriege beigebracht wird. Aehnlich wird im Anschlusse an Lichnowskys der angebliche „Potsdamer Kronrat" vom 5. Juli als „entscheidende Beratung" hingestellt, obwohl sich diese Kennzeichnung der Potsdamer Besprechung ebenfalls bereits längst als erfunden herausgestellt hat. Ebenso wahrheitswidrig wird für das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien vom 23. Juli eine weitgehende Kooperation zwischen Wien und Berlin behauptet.

Der Bericht bemüht sich dann, nachzuweisen, daß die aufrichtige Vermittlungspolitik der Verbandsmächte durch Deutschland planmäßig hintertrieben worden und lediglich an dem deutschen Widerstand gescheitert sei. In Wirklichkeit hat Deutschland fast alle englischen Vermittlungsvorschläge mit Empfehlungen nach Wien weitergegeben, mit Ausnahme des Konferenzvorschlags, der aber von Grey selbst zugunsten der von Deutschland wieder in Gang gebrachten direkten österr.-russischen Verhandlung zurückgestellt worden ist. Drei für die Aufrichtigkeit und Tatkraft der deutschen Vermittlungspolitik entscheidende Depeschen werden in dem gegnerischen Berichte mit keinem Worte erwähnt: Am 28. Juli wurde Wien auf das in der serbischen Antwortnote enthaltene Entgegenkommen durch Berlin ausdrücklich aufmerksam gemacht und zugleich zur Nachgiebigkeit gegenüber der Vermittlungspolitik der Mächte aufgefordert. Eine zweite nach Wien am 29. gerichtete Note enthielt den berühmten scharfen Satz: „Wir sind zwar bereit, unsere Bundespflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineiziehen zu lassen." In ebenso dringlichem Tone wird den Wienern noch am folgenden Tag die Annahme der Vermittlung ans Herz gelegt.

Weiterhin wird die Priorität der deutschen Mobilmachung behauptet, aber fast nur auf Grund französischer Tendenzmeldungen, die sich nicht halten lassen. Ueberdies liegt der Hauptmangel der Kommissionsarbeit darin, daß sie die russische Teil- und Gesamtmobilmachung und damit die eigentliche Kriegsursache mit Schweigen übergeht. Auch die Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses existieren für die Berichterstatter nicht.

So bedeutet der feindliche Bericht einen Rückschritt in unserer Kenntnis der diplomatischen Verhandlungen vor Kriegsausbruch: einen Rückschritt auch hinter das, was bereits selbst in der feindlichen Literatur zugunsten der Mittelmächte und zu ungunsten des Zarismus beigebracht worden ist. Der Bericht ist nicht nur außerordentlich tendenziös, sondern auch, rein sachlich angesehen, oberflächlich und leichtfertig.

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 1. Juli.

Das Plenum der Nationalversammlung trat heute mittag wieder zusammen, um das

Siedelungsgesetz

zu verabschieden. Vorher schon hatte sich der Aeltestenausschuß mit dem Programm der Session beschäftigt, denn schließlich muß man doch auch über den Sommer Dispositionen treffen können. Man einigte sich dahin, daß am Mittwoch mit der zweiten Lesung der Verfassungsvorlage begonnen werde, die eigentlich von den Abgeordneten schon für heute erwartet war und den auffallend starken Besuch veranlaßt hatte. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses wird eine Uebersicht über die Aenderungen und Beschlüsse des Ausschusses geben. Die Berichterstatter über die einzelnen Abschnitte sollen 25 Minuten, die Redner allgemein 15 Minuten Redezeit erhalten. In der nächsten Woche sollen die 10 Steuervorlagen in Angriff genommen werden und man rechnet damit, etwa am 11. oder 12. Juli die Verfassungsvorlage in dritter Lesung vorzunehmen. Dabei wird eine große Aussprache zugelassen werden, die mindestens 10 Tage dauern wird. Von den Steuervorlagen sollen die Kriegsgewinnsteuer, darunter auch die als Drucksache noch nicht einmal vorliegende Mehreinkommensteuer noch im Juli in dritter Lesung verabschiedet werden, um sofort in Wirksamkeit treten zu können. Anfang August soll die Tagung in Weimar zu Ende gehen und die Nationalversammlung nach Berlin verlegt werden, d. h. die Steuerausschüsse werden nach der Ferienpause in Berlin zusammentreten, wo im Reichstagsgebäude die Räumlichkeiten wieder in Ordnung gebracht sind. Das Plenum wird im Reichstagsgebäude in Berlin von Oktober bis Dezember tagen. Die Neuwahlen zum Reichstag dürften voraussichtlich erst im Januar stattfinden.

Landrichter Lange.

Roman von Maria Lenzen, geb. di Sebregondi.

Nachdruck verboten.

Er geleitete sie mit allen äußeren Zeichen der Ehrerbietung zu ihrem draußen wartenden Wagen und kehrte dann, von sehr widerstreitenden Empfindungen beherrscht, in sein Studierzimmer zurück. Der Kampf, den er — das stand jetzt fest — siegreich geführt, hatte doch auch ihm mehrfache Wunden eingetragen. Sein Ehrgefühl war verletzt, sein Stolz, seine Würde waren beleidigt worden, und wie er auch jeden unliebsamen Gedanken zu übertäuben suchte, namentlich durch den Hinblick auf den Glanz und die Ehre, die seine und seiner Familie Zukunft verschönern würden, immer wieder machte sich der Selbstvorwurf laut, daß er, im Grunde genommen, in dieser Stunde das Versprechen gegeben habe, fortan der schweigende, ja, der hilfsbereite Hehler ihm bekannter schwerer Frevel zu sein.

12.

„Nun, ist es dir gelungen? Hast du ihn besänftigt?" rief Baron Clemens seiner Schwester entgegen, als sie, von Dietenbrück zurückgekehrt, sein Zimmer betrat.

„Er erwartet dich morgen zum zweiten Frühstück und zugleich deine und Antoinettes Einwilligung zu der famosen Doppelheirat," gab sie in bitter höhnischem Tone zurück. Dann wandte sie sich, um hinauszugehen.

„Wohin willst du? So bleibe doch, damit wir besprechen können . . ."

„Da ist nichts mehr zu besprechen," versetzte die Freiin, die Hand am Türdrücker. „Entweder du bringst ihm morgen vormittag deine und deiner Frau Zustimmung zu den von ihm geplanten ehelichen Verbindungen, oder er reicht morgen nachmittag die angedrohten Anklagen bei den Behörden ein."

„Elende Geschichte!" stammelte der Baron, blaß und ohnmächtig sich zurücklehnend.

„Ja, es ist ein infamer Mensch, dieser Richter. Es ist unser Verderben, in seine Hände gefallen zu sein. Zu helfen ist nicht: du mußt in die Forderungen dieses — Schurken willigen!"

„So bleibe, so bleibe doch!" rief ihr Bruder, als sie abermals im Begriff war, sich zu entfernen. „Sage mir doch, wie ich Antoinette auf die uns drohende Schande vorbereiten soll."

„Vorbereiten? Dazu bleibt dir keine Zeit. Mache ihr die Notwendigkeit klar, sich den Forderungen dieses Menschen zu fügen; anderes kannst du nicht tun!"

„Es ist schrecklich!"

„Wenn du dich davor fürchtest," sagte die Frei mit verächtlichem Blick und etwas von der gewohnten kalten Schärfe in ihrem Ton, „will ich die Aufgabe übernehmen. Jedenfalls muß sie ohne Aufschub erledigt werden."

„Nein, nein! Ich muß dieses Unglück wenigstens in schonender Weise meiner Frau mitteilen. Du würdest es so hart als möglich tun, ich kenne dich. Laß mich jetzt allein, ich muß mich sammeln, ehe ich es über mich gewinne, der armen Antoinette solches Leid anzutun."

„Ich hoffe wohl. Leonore schreibt ihrer Tante, und Rudolph macht auf meinen Wunsch einen Besuch bei Frau von Sevenz. Es hat mir Mühe gekostet, ihn dazu zu bereden, weil er lieber nach Dietenbrück reiten wollte."

„Ah, sie kommt mir entgegen, ohne es zu ahnen," dachte der Freiherr. Laut sagte er: „Du glaubst, daß er gern unsere dortigen Freunde besucht?"

„Unsere Freunde? . . . In Dietenbrück?" Es lag ein stark markiertes, unwilliges Erstaunen in dem Blick und dem Ton, mit denen sie ihre Gegenfrage aussprach. „Mein Gott, Clemens, du wirst doch diese Beamtenfamilie nicht ernstlich zu unseren Freunden zählen?"

„Ich dächte doch, mein Kind. Das hätte dir auch die ganze Art unseres Verkehrs mit ihnen schon sagen sollen."

„Ah, es ist mir lieb, daß du selbst die Sache erwähnst. Ich habe schon lange gewünscht, mit dir darüber zu sprechen. Der Verkehr zwischen uns und diesen guten Leuten hat sich in einer Weise ausgebildet, die mir ganz unstatthaft erscheint. Es ist hohe Zeit, ihn zu beschränken und auf einen anderen Fuß zu bringen."

Der Freiherr atmete rasch und beklommen, er wischte sich mit dem Batisttuche die Schweißperlen von der Stirne.

Seine Frau sah ihn zuerst befremdet, dann erschrocken an und fragte: „Ist dir nicht wohl, mein Lieber?"

„Ganz wohl. Ich wollte nur sagen, daß das Beschränken nicht geschehen kann. Auf einen anderen Ton aber soll das Verhältnis gebracht werden — jedoch in einem Sinne, wie es, fürchte ich, deinen Wünschen nicht entspricht."

Sie blickte ihn aufmerksam, beinahe mißtrauisch in das blasse Gesicht und antwortete mit einer kurzen Bemerkung: „Ich verstehe dich nicht!"

„Geduld, mein Kind, du sollst alles wissen. Der Landrichter Lange, mein verehrter Freund, wirbt für seinen Sohn um Leonorens, für seine Tochter um Rudolphs Hand."

Der Freiherr hatte seine Worte ausgestoßen, als seien es Geschosse, die er mit all seiner Kraft von sich schleudern müsse. Gleich einem verderblichen Geschoß wirkten sie auch auf seine Zuhörerin. Sie blieb stumm, als er schwieg. Ihr unwillig forschender Blick sprach aber einen mehr zürnenden als ängstlichen Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit ihres Gemahls aus. Dieses sehr verständliche Schweigen war nicht geeignet, ihn zu ermutigen, und hastig Kopf und Hände bewegend, rief er: „Nun, was sagst du zu diesen hübschen Vorschlägen, mein Kind?"

Sie mußte furchtbar erzürnt sein. Zwar beeinträchtigte nicht die leiseste Bewegung die plastische Ruhe ihrer stolzen Züge und ihrer schönen Glieder, aber ihr braunes Auge, das sonst keinen anderen Ausdruck als den der äußersten Sanftmut zu kennen schien, flammte sprühend auf, und in ihrem Tone verriet sich deutlich das Gefühl des Ekels, als sie sprach: „Landrichter Lange muß den Verstand verloren haben, als er dich durch diesen Unsinn zu beleidigen wagte. Ich hoffe, daß du ihn gründlich zur Vernunft gebracht haben wirst."

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Sitzungsbericht.

Am Regierungstisch: Dr. David und andere.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr.

Abg. Mumm (D.-nat.) fragt nach der Verwendung von Reichsgeldern für Parteizwecke, wie sie durch Portofreie Versendung von Broschüren und Drucksachen durch den Werbedienst der deutschen Republik und die Zentrale für Heimatdienst erfolgt sei, ob die Regierung bereit sei, dieser mißbräuchlichen Propaganda endlich ein Ende zu machen und mitzuteilen, wie viel Reichsgelder für solche Zwecke verbraucht seien, sowie die schuldigen Beamten zur Rechenschaft zu ziehen und von ihnen Rückerstattung der Beträge zu erlangen.

Geheimer Oberregierungsrat Freiherr v. Welser: Seit Anordnung der Liquidation des Werbedienstes sind nach Angabe des Leiters neue Druckaufträge nicht mehr erteilt worden. Eine Reihe von Druckaufträgen konnte aber nicht mehr rückgängig gemacht werden. Soweit dieses Propagandamaterial unbedenklich erschien, wurde es vom Werbedienst noch versandt, seit mehreren Wochen aber jeder Versand endgültig eingestellt.

Abg. Mumm stellt die Ergänzungsfrage, ob der Regierung bekannt sei, daß diese Antwort im Widerspruch stehe mit der Antwort des früheren Ministerpräsidenten Scheidemann, wonach der Werbedienst bereits seit Februar sich jeder Propaganda enthalten habe, und ob die Regierung die Frage, wieviele Reichsgelder verwendet wurden, später in der Oeffentlichkeit beantworten wolle. Eine Antwort darauf erfolgte nicht.

Abg. Frau Zietz (U.S.P.) stellt die Anfrage über die niedrige Unterstützung der Frauen und Kinder der Kriegsgefangenen.

Geheimrat Frhr. v. Welser verweist darauf, daß für den Zweck bisher 2 550 000 Mark aufgewendet worden sind. Gegenwärtig sei eine Erhöhung der Bezüge nicht angängig.

Es folgt der Bericht über die Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedelungsland.

Berichterstatter Allekotte (Z.) hat die Verordnung zu einem Gesetzentwurf umgearbeitet, der in seinem § 1 bestimmt, daß die Bundesstaaten verpflichtet sind, gemeinnützige Siedelungsunternehmen zur Schaffung neuer Ansiedelungen und zur Hebung bestehender Kleinbetriebe zu bilden.

Präsident Fehrenbach stellt fest, daß, nachdem die Kommission die Verordnung zu einem Gesetzentwurf umgearbeitet habe, eine Beratung in drei Lesungen erforderlich ist.

Abg. Blum (Z.): Die Frage, ob der Großbesitz oder der Kleinbesitz vorzuziehen sei, ist dahin zu beantworten, daß volkswirtschaftlich eine gesunde Mischung Beider das Richtige und Zweckmäßige ist.

Abg. Schiedthals (D.d.P.): In Schlesien stehen Mengen von Gütern von 150 000 Morgen in den Händen eines Besitzers neben einigen 20 000 Kleinstellen, die nicht einmal 10 Morgen umfassen. Der Großbetrieb hat im Krieg an Getreide und Kartoffeln vielleicht mehr geschaffen als der Kleinbetrieb, aber dieser leistet an sonstigen Erzeugnissen, wie Butter, Fett, Eier und Fleisch auf derselben Fläche mehr.

Abg. Löbe (Soz.): In Kreisen ausgekaufter Bauern besteht gegenwärtig ein starkes Bedürfnis nach Entwicklung ihrer Wirtschaft. Als Vorteil betrachten wir es auch, daß Kleinbauern mit großen Bauern und Lehrern bei Ausübung des Geschäftes mitwirken und also die Entscheidung nicht mehr der Bürokratie überlassen bleibt.

Abg. Dr. Röfike (D. nat.): Jetzt muß Deutschland wieder mehr Agrar-Staat werden. Durch das Gesetz erfüllen wir die Forderungen des Mannes, den wir während des Krieges am meisten verehrt haben, Hindenburg. Die Regierung will die Lebensmittelversorgung durch 1½ Milliarden im Ausland gekaufter Lebensmittel verbessern. Das ist auch ein Unternehmen das die Zufriedenheit fördern soll. Das Geld wäre aber besser oder mindestens ebenso gut angewandt, wenn es in Form von Baukostenvorschüssen zu Ansiedelungszwecken zur Verfügung gestellt werden würde.

Regierungskommissar für das Wohnungswesen Scheidt: Vor dem Krieg sind in Deutschland etwa 200 000 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von 1,2 Milliarden gebaut worden. Heute haben sich die Baupreise um das Vierfache erhöht, an einzelnen Stellen noch mehr. Wir würden also rund 5 Milliarden brauchen. Das wäre der Mindestbetrag, der nötig wäre. Aus Reichsmitteln stehen aber nur 500 Millionen zur Verfügung. Mit diesem Zuschuß ist die Not nicht zu beseitigen, und wenn erst Baustätten in größerem Maße wieder vorhanden sind, dann werden wir mit den 500 Millionen bald zu Ende sein.

Abg. Wurm (U.S.P.): Meine Fraktion wird nicht für das Gesetz stimmen, weil es nicht praktische Arbeit leistet, sondern trügerische Hoffnungen erweckt, die nicht erfüllt werden können.

Abg. Dr. Helm (Z.): Die Sozialisten waren nicht immer so konsequent wie der Abg. Wurm. Heute freilich bilden die Sozialisten zwei Parteien, und ich nehme es niemand übel, wenn er sein Programm revidiert. (Heiterkeit.) Die Schaffung kleiner Existenzen ist ein konservativer Gedanke. Er läßt sich nur genossenschaftlich verwirklichen. (Zuruf des Abg. Haase: Das wollen wir ja!) Sie wollen sozialisieren, aber zwischen Sozialisierung und Genossenschaft, Herr Haase, ist ein Unterschied wie zwischen einem Löwen und einem Hasen. (Stürmische Heiterkeit.) Die Sozialisierung würde die deutsche Produktion erschweren. Die Landwirtschaft verlangt individuelles Interesse. Ein Lebensalter arbeitet der Kleinbauer, um ein Stück Oedland seinen Kindern als vollwertiges Grundstück zu hinterlassen. Solange wir Industriestädte haben, wäre das Verschwinden des Großgrundbesitzes ein Unheil.

Präsident Fehrenbach: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es folgt die zweite Beratung.

Der Präsident bringt die einzelnen Paragraphen zur Abstimmung. Die Paragraphen 1—23 werden mit einigen Abänderungen mit unerheblichen Debatten angenommen. Bei Paragraph 24, wonach auch die Landeszentralbehörden Ausführungsvorschriften zum Gesetz erlassen können, erhebt sich eine längere juristische Auseinandersetzung. Schließlich werden die vom Ausschuß beantragten Entschließungen angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, von Reichs wegen eine Stelle zu schaffen, von der aus das Siedelungswesen kontrolliert wird und dahin zu wirken, daß Baumaterialien in ausreichender Menge den Siedelungsstätten zur Verfügung gestellt werden, und die Bildung von Genossenschaften zu fördern, welche durch zunächst pachtweise Ueberlassung von Ansiedelungsland die allmähliche Durchführung der Ansiedelung ihrer Mitglieder herbeiführen.

Die dritte Lesung wird wegen der erwähnten Streitfrage vertagt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr (Interpellationen), zweite Lesung des Verfassungsentwurfs. — Schluß 8½ Uhr.

Neues vom Tage.

Die Heimkehr unserer Gefangenen.

Stuttgart, 2. Juli. Vom Württ. Kriegsministerium wird bekannt gegeben: Durch Unterzeichnung des Friedensvertrags und Vorlage der Noten über Rückführung unserer Kriegsgefangenen durch den Gesandten von Haniel tritt die Frage in den Vordergrund: wann kommen unsere Kriegsgefangenen zurück. So sehr auch schon seit Beginn des Waffenstillstandes von der Reichsregierung immer wieder ganz besonders Wert auf die Auslieferung und den beschleunigten Transport unserer Kriegsgefangenen gelegt wurde, so können leider zurzeit hierüber keine auch nur annähernd zutreffende Angaben gemacht werden. Wenn die Presse da und dort Erörterungen über den Zeitpunkt und die Art der Rückführung unserer Gefangenen brachte, so sind dies lediglich Vermutungen oder auch Gerüchte. Das Kriegsministerium, als einzig zuständige und best orientierte Stelle, wird sofort nach Festigung der noch fraglichen Punkte für schnellste Bekanntgabe Sorge tragen. Ob es möglich sein wird, die am längsten in Gefangenschaft befindlichen Leute zuerst abzutransportieren ist deshalb sehr fraglich, weil unsere Kriegsgefangenen in den Gefangenenlagern und Arbeitsstellen ohne Rücksicht auf Alter, Dauer der Gefangenschaft usw. untergebracht sind und eine Auswahl nach den eben erwähnten Gesichtspunkten die Rückführung im Ganzen erheblich verzögern würde. Es ist deshalb anzunehmen, daß die Ententeländer unsere Kriegsgefangenen in der Zusammensetzung uns übergeben werden, wie die Leute in den Lagern und Arbeitsstellen zusammengelebt haben, soweit sie nicht eine Aussonderung aus politischen Gründen vornehmen.

Zweiklassensystem.

Stuttgart, 2. Juli. Zur Beratung der Einführung des Zweiklassensystems waren am 27. Juni in Ellwangen die Vertreter sämtlicher deutschen Staatsbahnen versammelt. Das Ergebnis der Verhandlungen war völlige Uebereinstimmung mit der von dem Eisenbahnzentralamt in Berlin in dieser Frage vertretenen Stellung, d. h. der Einführung einer Polster- und einer Volksklasse. Man ging davon aus, daß die 1. Klasse so gut wie ausgemerzt ist. Der Unterschied zwischen der 3. und 4. Klasse ist nach der Ausstattung nahezu aufgehoben und besteht beinahe nur noch in der verschiedenen Tarifierung. Daher erscheint der jetzige Zeitpunkt für die Aenderung des bisherigen Zustandes nicht ungünstig. Das Zweiklassensystem soll auch die längst erstrebte Vereinfachung des Personentarifwesens im Gefolge haben. Die Benützung der Polsterklasse soll durch entsprechende Gestaltung der Fahrpreise weiteren Kreisen ermöglicht werden.

Direktor Kriege und die Hungerblockade.

Berlin, 1. Juli. Von zuständiger Stelle wird der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" geschrieben: In Nr. 310 der Hardenschen Zukunft ist die Behauptung aufgestellt, der ehemalige Direktor des Auswärtigen Amtes, Dr. Kriege, habe stets zugegeben, daß die von England gegen uns verhängte sogenannte Hungerblockade ein völkerrechtlich erlaubtes Kriegsmittel sei. Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen. Umgekehrt hat Dr. Kriege mit allem Nachdruck den Standpunkt vertreten, daß die englische Blockade in schärfstem Widerspruch zu den Bestimmungen der Pariser Seerechtsdeklaration und der Londoner Kriegsrechtserklärung stehe, demnach allem Völkerrecht wie aller Menschlichkeit ins Gesicht schlage. In diesem Sinne sind auch die von ihm an die Feinde, wie an die Neutralen gerichteten Noten verfaßt worden. Ebenso wurde unsere Presse von ihm

Das Rätesystem in Gotha.

Berlin, 2. Juli. Die aus drei Unabhängigen bestehende Regierung legte der Gothaer Landesversammlung den Entwurf einer Verfassung für den Freistaat Gotha vor, in der das reine Rätesystem festgelegt werden soll. Die vollziehende Staatsgewalt wird von den Arbeiter- und Bauernräten ausgeübt. Die Regierungsgeschäfte führt der Rat der Volksbeauftragten, bestehend aus drei Mitgliedern. Die Kirche wird vom Staate und die Schule wird von der Kirche endgültig getrennt. Religionsunterricht darf nicht mehr erteilt werden. Privatschulen sind verboten. Da im Landtag die Unabhängigen mit 7 von 9 Stimmen die Mehrheit besitzen, dürfte dieser Entwurf angenommen werden.

Die Unruhen in Hamburg.

Hamburg, 2. Juli. Eine größere Bande von Lebensmitteldieben wurde heute nacht vom Grenzjägerbataillon 12 am Asia-Quai festgenommen. Die Bande bestand aus 50 Mann und führte eine große Menge Speck, Bohnen usw. mit sich. Die Vorräte wurden beschlagnahmt. Die Spitzbuben wurden der Kriminalpolizei übergeben.

Altona, 2. Juli. Die Reichswehr nahm in der letzten Nacht zahlreiche Verhaftungen von Leuten, die sich widersetzten, oder nach 10 Uhr auf der Straße blieben, vor. In der „Großen und Kleinen Freiheit" kam es zu Schießereien. Der Mob wurde aber sehr bald auseinandergetrieben.

Die ungarischen Greuel.

Wien, 2. Juli. Reisende aus Ungarn berichten, daß bei der Niederwerfung des letzten Putsches in Budapest nicht nur Soldaten und Zivilisten, sondern auch halbwüchsige Knaben haufenweise erschossen worden sind. Es waren dies die Zöglinge der Ludovica-Akademie, die sich an der Besetzung der Telephonzentrale beteiligt hatten, 14- oder 15jährige Knaben. Sie wußten kaum, um was es sich handelte, und machten den Putsch vor allem deshalb mit, weil man sie in der Militärakademie hatte hungern lassen.

Englische Schändlichkeiten.

Amsterdam, 2. Juli. „Daily Chronicle" berichtet, daß Admiral von Reuther, als er am Samstag mit Gefolge und unter Eskorte eine Bank in Oswestry besuchte, von einer etwa 1000 Personen zählenden Menschenmeng, die sich vor der Bank angesammelt hatte, ausgepfiffen wurde. Eine Frau versetzte dem Admiral einen Schlag auf die Schulter und ein junger Mann warf ein Stück Kohle nach ihm, das ihn ins Gesicht traf.

Krise in der engl. Baumwollindustrie.

Amsterdam, 2. Juli. „Telegraaf" meldet aus London, daß die Lage in der Baumwollindustrie in Lancashire wieder bedrohlich geworden ist. Die Spinner bleiben bei ihrer ursprünglichen Forderung nach einer 46½stündigen Arbeitswoche und setzen den Streik fort. Dadurch sind auch die Weber arbeitslos geworden.

Letzte Nachrichten.

Eine deutsche Note.

Berlin, 2. Juli. Durch die deutsche Friedensdelegation ist dem Ministerpräsidenten Clemenceau folgende Note überreicht worden: „Herr Präsident! Auf die Note betr. die Aufhebung der Blockade beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen: Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß die a. und a. Regierungen bereit sind, sobald sie von der Ratifikation des Friedensvertrages durch das deutsche Reich Kenntnis erhalten, die Blockade schon vor dem Inkrafttreten des Friedensvertrages aufzuheben. In dem Wunsche, so schnell wie möglich von der Blockade befreit zu werden, wird die deutsche Regierung alles daran setzen, um die für die Ratifikation erforderlichen Maßnahmen zu beschleunigen. Sie hofft, anfangs der nächsten Woche in der Lage zu sein, den a. und a. Regierungen von der Beschlußfassung der gesetzgebenden Körperschaften und von der Vollziehung des Friedensvertrages durch den Reichspräsidenten Mitteilung machen zu können. Die deutsche Regierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die a. und a. Regierungen in demselben Geiste, der sie zu der Zusage einer früheren Aufhebung der Blockade veranlaßte, sich damit einverstanden erklären werden, daß, sobald die erwähnte Nachricht vorliegt, auch mit der Heimsendung der deutschen Gefangenen aus ihren Ländern begonnen wird. Genehmigen Sie Herr Präsident usw.

Gez.: Müller, Reichsminister des Auswärtigen."

*

Berlin, 2. Juli. Die Tagung der Tarifkommission der Schauspieler- und Direktorenverbände in Rothenburg a. d. Tauber wurde gestern Nacht durch Angriffe der Arbeiterschaft gestört. Mehrere hundert Arbeiter besetzten die beiden Rothenburger Bahnhöfe. Abordnungen begaben sich in das Genossenschaftsheim Wildbad und durchsuchten das Gebäude und die Anlagen vergebens nach Lebensmitteln.

Paris, 2. Juli. Der oberste Rat der Alliierten versammelte sich am Dienstag im Quai d'Orsay. Der Rat prüfte den Modus der Bedingungen, die Oesterreich, der Türkei und Bulgarien zu stellen sind. Heute wird das beßarabische Problem geprüft werden.

Paris, 2. Juli. Der Ausschuß der großen Arbeitervereinigungen teilte dem Arbeitsminister mit, daß alle Syndikate die Bedingungen der Arbeitgeber abgelehnt und beschlossen haben, den Streik fortzusetzen.

Amsterdam, 2. Juli. Vorgestern abend sind die restlichen Schiffe der deutschen Flotte, die sich noch in Hellewoetsluis befanden, nach Hansbeert gebracht worden. Sie werden von englischen Schleppern nach Antwerpen geschleppt werden. Die deutschen Besatzungen sind gestern nach Deutschland zurückgekehrt.

Die französischen Schweizer und der Frieden.

Zürich, 2. Juli. Der Große Rat (Landtag) in Genf hob bei Bekanntwerden der Unterzeichnung des Friedensvertrags die Sitzung auf, als Kundgebung der Freude. Der Präsident des Rates, Paul Pictet, hielt bei diesem Anlaß eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Von dieser Stelle aus habe ich die Bedingungen, die die Lage zwischen Siegern und Besiegten regeln, nicht zu würdigen, aber ich darf wohl die Anerkennung Genfs an diejenigen ausdrücken, die für die Freiheit und die Gerechtigkeit kämpften, an die Gefallenen, Verstümmelten, an die unzähligen Opfer. Ich richte auch an die befreiten Völker, die einem unabhängigen Leben entgegengehen, die Glückwünsche unserer alten Republik. Er schloß mit dem Wunsche, daß die Schweiz mit dem festen Willen in den Völkerbund eintrete, in ihm zum gemeinsamen Wohl der Menschheit mitzuarbeiten. — Die Stadt wurde beflaggt. (Es fehlte nur noch, daß Pictet die Friedensbedingungen von Versailles als einen Sieg der „Freiheit und Gerechtigkeit" feierte, dann hätten wir sein französisches Herz ganz kennen lernen können. Er hat dies wohl aus Rücksicht auf die schweizerische Neutralität nicht getan. D. Red.)

Die Einberufung des Friedensausschusses.

Berlin, 2. Juli. Aus Regierungskreisen wird die sofortige Einberufung des Friedensausschusses namentlich mit Rücksicht auf die Regelung der Ostmarkenverhältnisse gefordert.

Verlegung der Waffenstillstandskommission.

Spaa, 2. Juli. General Nudant übergab der Kommission in Spaa folgende Note: Die internationale permanente Waffenstillstandskommission wird ihre Tätigkeit bis zur Ratifizierung fortsetzen. In beiderseitigem Interesse ist eine Verminderung des Personals wünschenswert. Die internationale permanente Waffenstillstandskommission wird von Spaa verlegt. Der neue Aufenthaltsort wird in kürzester Frist festgesetzt werden.

Der Vertrag mit Polen.

Paris, 1. Juli. (Havas.) Zwischen den vereinigten fünf Staaten: Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan einerseits und Polen andererseits wurde als Bestätigung der Anerkennung Polens als unabhängigen Staat unter Zuteilung von Gebieten des ehemaligen deutschen Reiches (s. die Karten) ein Vertrag unterzeichnet, der Polen diese Gebiete zuspricht.

Der erste Abschnitt dieses Vertrages verpflichtet Polen, allen Bewohnern Polens Schutz für Leben und Freiheit zu gewähren. Polen erkennt als polnische Staatsbürger die bisherigen deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen des jetzigen Polens an. Der zweite Abschnitt bezieht sich auf die politische Vertretung und die Zolltarife. Polen wird den Alliierten Transitfreiheit und Meistbegünstigung gewähren. Es wird einer gewissen Anzahl internationaler Konventionen betreffend die Telegraphen, Eisenbahnen, das Sanitätswesen usw. beitreten und es übernimmt die Verantwortung für die russische öffentliche Schuld und für alle andern finanziellen Verpflichtungen des russischen Staates.

Um den Vorsitz im Fünferrat.

Amsterdam, 2. Juli. Reuter meldet aus Paris: Den Vorsitz im Fünferrat wird nicht Clemenceau, sondern Pichon führen.

Beschränkung des deutsch-engl. Verkehrs.

London, 1. Juli. (Reuter. Unterhaus.) Sir H. P. Harris fragte, ob die Regierung mit Rücksicht auf den zu erwartenden Strom von ausländischen Handelsreisenden für derartige Vertreter ein System von Lizenzen einführen werde, in dem zwischen alliierten, neutralen und vor kurzem noch feindlichen Ländern ein

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Unterschied gemacht werde. — Shortt antwortete, er beabsichtige nicht, diesen Vorschlag durchzuführen. Durch die Verordnung zur Beschränkung des Auslandsverkehrs würden ausreichende Schritte unternommen, um alle Ausländer auszuschließen, die nicht imstande seien, ausreichende Gründe für den Besuch Englands anzugeben. Von dem gemachten Vorschlag, der eine komplizierte Maschinerie erfordern würde, könne er sich keine befriedigenden Ergebnisse versprechen.

Vor der Ratifizierung in Amerika.

Bern, 2. Juli. Wie die Neue Korrespondenz aus Washington meldet, haben amerikanische Berichterstatter eine Unterredung mit Wilson gehabt, aus der hervorgeht, daß dieser auf der vollständigen Ratifizierung des Friedensvertrages und des Völkerbundes bestehen wird Wilson sei bereit, einen nationalen Kampf zu führen, um den Senat zur Annahme zu bewegen. Die öffentliche Meinung jedoch sei der Ansicht, daß die Mehrheit des Senats entschlossen sei, Vorbehalte zu machen. Nach Ansicht der Republikaner wird das Verhalten Wilsons die entgegengesetzte Wirkung haben. Mehrere Senatoren, die zu Gunsten des Völkerbunds gestimmt hätten, wenn dieser Entwurf vom Vertrag getrennt werde, würden dagegen stimmen, wenn er im Vertrag einbegriffen sei. Wieder andere seien der Ueberlassung von Shantung an Japan feindlich gesinnt. Senator Lodge glaubt ernsthaft, die Weigerung werde durch eine genügende Anzahl von Stimmen vertreten sein. Die Anhänger Wilsons versichern, daß die durch den Präsidenten angekündigte Entschließung, es dürfe kein Kompromiß geschlossen werden, den besten Erfolg gezeitigt habe.

Amsterdam, 2. Juli. „Telegraaf" meldet aus Paris, daß die Verhandlungen über Kamerun und Togo zu einer Einigung zwischen England und Frankreich geführt haben. Die Demarkationslinie sei ungefähr so, wie sie im März 1916 festgesetzt wurde. Frankreich erhält die Hauptstadt von Togo, Lome und 4 Fünftel von Kamerun mit Duala und den ganzen ganzen Eisenbahnen. Frankreich tritt einen wichtigen Teil von Togo, dessen Einwohner Anschluß an die englische Goldküste suchen, an England ab.

Lokales.

ep. **Kirchliche Trauerfeiern.** Dem Vernehmen nach soll in Hinblick auf den Friedensschluß der Gottesdienst am nächsten Sonntag, 6. Juli, in den evangelischen Kirchen des Landes durch Verlesung einer Ansprache und entsprechende Gestaltung als eine ernste Trauerfeier gehalten werden. An den Hauptgottesdienst, der wohl mancherorts rein liturgisch gehalten werden wird, soll sich Trauergeläute anschließen.

— **Erinnerungspostmarken.** Vom 1. Juli ab werden Freimarken zur Erinnerung an die Deutsche Nationalversammlung 1919 — sogenannte E-Marken — zu 10, 15 und 25 Pfg. bei den Postanstalten verkauft. Die E-Marken, deren Abgabe für beschränkte Zeit nur auf besonderes Verlangen erfolgt, haben nur im Innern des Reichs, nicht aber nach dem Ausland Gültigkeit. Zunächst werden sie an jeden Käufer in kleinerer Zahl, etwa bis zu 10 Stück von jeder Art, später — sobald ein hinreichender Vorrat vorhanden ist — in beliebigen Mengen abgegeben. Die Postanstalten nehmen aber Bestellungen auf größere Mengen schon jetzt an.

— **Etwas von der Marmelade.** Man hört im allgemeinen, daß die Marmelade, die in diesem Jahr zum Verkauf kommt, eher Verkäufer findet, als früher, weil sie besser zu sein scheint. Aber es mag einem der Appetit dazu wirklich vergehen, wenn man liest, daß in Kempten in einem Marmelade-Eimer ein leibhaftiger Frosch zu Tage gefördert wurde. Die „Allgäuer Ztg." ladet diejenigen, die es nicht glauben wollen, ein, sich auf der Redaktion von dieser wenig erfreulichen Zugabe zu überzeugen.

Württemberg.

(-) **Stuttgart,** 2. Juli. (Ministeranwärter.) Wie wir aus wohlunterrichteten Quellen hören, ist der sozialdemokratische Abgeordnete Feuerstein, Geschäftsführer des Verbands Deutscher Konsumvereine, als Nachfolger des zurücktretenden Ministers des Innern Dr. Lindemann in Aussicht genommen.

(-) **Stuttgart,** 2. Juli. (Zu dem Rücktritt des Kriegsministers Herrmann.) Wir erfahren, daß zu dem vorzeitigen Rücktritt des Kriegsministers Herrmann viel der Umstand beigetragen habe, daß er einen stark partikularistischen Standpunkt in Sachen der Reichswehr eingenommen hat. Er versuchte unter Heranziehung der Militärbehörden der süddeutschen Staaten einen süddeutschen Block zu bilden, der ein Gegengewicht gegen Noske bilden sollte, wodurch er in starken Gegensatz zu der Reichswehrleitung in Berlin geriet.

(-) **Stuttgart,** 2. Juli. (Rang- und Titelfrage.) Das Staatsministerium hat zur Frage der künftigen Titel- und Rangverleihung an Staatsbeamte folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die besondere Verleihung eines Rangs soll künftig grundsätzlich unterbleiben.

2. Im Anschluß an die Verabschiedung eines neuen Beamtengesetzes und einer neuen Gehaltsordnung wird eine durchgreifende Vereinfachung der Amtsbezeichnungen und Titel von Beamten in Aussicht genommen. Bis zu dieser Neuordnung sollen

a) bei Ernennungen auf planmäßige Dienststellen nur diejenigen Titel verliehen werden, die seither die ordentlichen Titel der betreffenden Stelle gewesen sind;

b) außerhalb von Ernennungen auf planmäßige Stellen und namentlich bei Zuruhesetzung überhaupt keine Titel verliehen werden;

c) eine Ausnahme von b) soll nur bei solchen aus freien Berufen, aus dem vormaligen Hofdienst, aus städtischen Verwaltungen usw. in den Staatsdienst übernommenen, nicht planmäßig angestellten Personen gemacht werden, welche bisher gar keine Amtstitel besessen haben oder aber solche Amtstitel führen, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr geeignet erscheinen.

(-) **Ellwangen,** 2. Juli. (Barackenverkauf.) Das Arbeitsministerium hat die geplante Versteigerung

gemacht werden, welche bisher gar keine Amtstitel besessen haben oder aber solche Amtstitel führen, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr geeignet erscheinen.

(-) **Ellwangen,** 2. Juli. (Barackenverkauf.) Das Arbeitsministerium hat die geplante Versteigerung

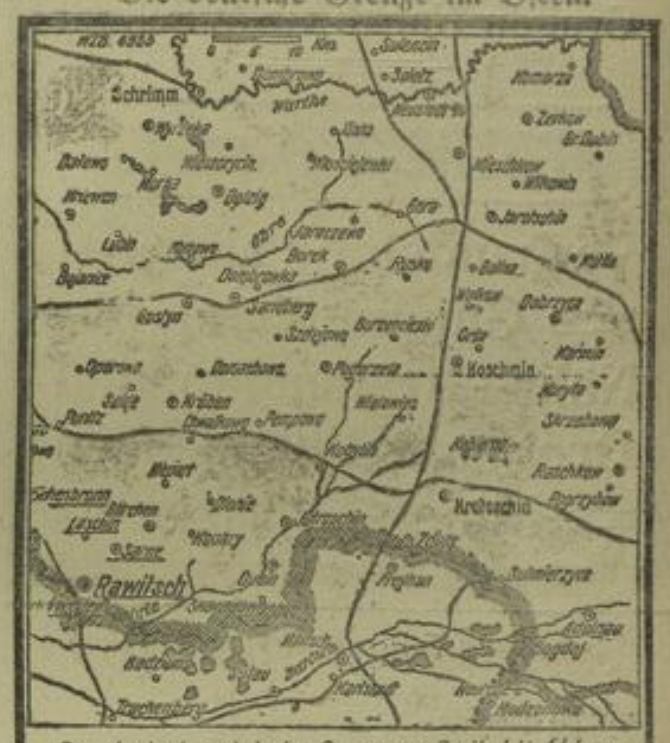
des Gefangenenlagers ursprünglich verboten. Nach eingehender, teilweise recht lebhafter Aussprache, die im Rathaussaale zwischen den Vertretern der Regierung und dem Gemeinderat stattfand, wurde die Berechtigung des Verbots nicht anerkannt. Die Stadt behielt für ihren eigenen Bedarf zwei Offiziersbaracken, das Hauptgebäude; die Verkaufs- und Badebaracke usw., während der Rest der Baracken an die Städte Heilbronn und Hall zu 340 000 Mk. verkauft wurden.

(-) **Tübingen,** 1. Juli. (Ausgebrochen.) In der stürmischen Nacht vom Sonntag auf Montag sind mehrere Gefangene aus dem Gefängnis am Österberg entwichen. Zuvorkommend, wie die Ausbrecher waren, haben sie auch einige Damen befreit und mitgenommen.

Mutmaßliches Wetter.

Aus Westen drohen weitere Störungen, so daß auch weiterhin mit unbeständiger Witterung zu rechnen und für Freitag und Samstag mehrfach bedecktes, auch zu Niederschlägen geneigtes, mäßig warmes Wetter zu erwarten ist.

Die deutsche Grenze im Osten.



Die deutsch-polnische Grenze von Rawitsch bis Adelnau.

Die deutsch-polnische Grenze von Kopnitz bis Lissa

Die Scapa-Bucht, das Grab der deutschen Flotte.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Gemeinde Calmbach.

Stammholz-Verkauf

Am **8. Juli 1919 vormittags 11 Uhr** kommen aus den Abteilungen Jörglesriß, Köpfle, Staige, und Ruhstein des Gemeindewaldes im **schriftlichen Aufstreich** zum Verkauf:

325	Stück	forchenes Langholz	I—V Kl. mit	494,36 Fm.
18	„	forchene Abschnitte	I—III „ „	17,80 Fm.
10	„	tannene „	I—III „ „	8,67 Fm.
378	„	tannenes Langholz	I—IV „ „	218,47 Fm.

Bedingungslose Angebote, ausgedrückt in ganzen Prozenten der Taxpreise für 1919, sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, **bis spätestens 8. Juli 1919**, vormittags 11 Uhr beim Schultheißenamt einzureichen.

Losverzeichnisse sind bei Waldschütz Faas erhältlich.

Calmbach, den 1. Juli 1919.

Schultheißenamt Hörnle.

MEDICINAL-DROGERIE

Grundn. Nachf. Gebr. Schmit

APOTHEKER-WAREN

Verbandstoffe aller Art
Gummi-Waren
Nähr- u. Kräftigungmittel
Drogen u. Chemikalien
Mineral-Wässer

Vieh-Versicherungs-Verein Wildbad.

Die jährliche

General-Versammlung

findet am **Samstag**, den **5. Juli 1919**, im Gasthaus zur **„Eintracht“** statt. Beginn pünktl. um **8 Uhr** abends.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht.
2. Entgegennahme von Anmeldungen zur Weiterversicherung im Rechnungsjahr 1919/20 und zur Neuaufnahme in den Verein.
3. Verschiedenes.

Die dem Verein noch fernstehenden hiesigen Rindviehbesitzer werden im eigensten Interesse aufgefordert, sich zum Eintritt in den Verein anzumelden. **Der Vorstand.**

Wohltätigkeits-Konzert

zu Gunsten der aus Elsass-Lothringen Vertriebenen am Samstag, den 5. Juli, abends 8½ Uhr im KURSAAL.

Mitwirkende:

Frau Dr. SCHWAB (Sopran)
Frau Dr. GRUNOW (Klavierbegleitung)
Herr SEYFFERT (Bass)
LIEDERKRANZ :-: KURKAPELLE

Eintritt 1 Mk., doch werden der Wohltätigkeit keine Schranken gesetzt.

Wer sich ein gutes Getränk herstellen will,
der verwende den bekannten

Ruf's Kunstmostansatz

mit Heidelbeerzusatz

und mit Süßstoff, die Flasche zu 100 Liter reichend kostet Mk. 15.—, ferner

Ruf's Heidelbeeren mit Zutaten,

zu 100 Liter Mk. 35.—.

Viele Anerkennungen.

Robert Ruf, Heidelbeer-Versandhaus, **Ettlingen.**

Raidwangen, 3. 11. 1918.

Senden Sie mir wieder 2 Flaschen Kunstmostansatz mit Heidelbeerzusatz und mit Süßstoff zu 200 Liter. Mit dem letzten war ich sehr zufrieden ꝛc.

gez. Christian Schneider, Bahnwärter.

Auenheim (Amt Kehl), 2. Dez. 1918.

Da uns das aus Ihrem Kunstmostansatz hergestellte Getränk ausgezeichnet schmeckt und schon viele Freunde erworben hat, so ersuche ich Sie freundlichst um sofortige Zusendung einer Flasche Kunstmostansatz mit Heidelbeerzusatz und mit Süßstoff ꝛc.

gez. Karl Fr. Landenberger.

Niederlagen werden errichtet.

Neuer dunkelblauer

Tuch-Mantel

3/4 m lang (Friedensware) für 16—19jähriges Mädchen billig **zu verkaufen.** Zu erfragen in der Expedition.

Empfehle sehr schöne

Garten-Himbeeren,

bitte um Bestellungen, auch können solche auf vorherige telef. Anfrage täglich abgeholt werden.

Für **Hotels etc.** mit größerem Bedarf liefere ins Haus.

Carl Gentner,
Handelsgärtnerei, Baumschulen und Samenhandlung.
Schwann, Telef. Nr. 12.

Ein tüchtiges

Zimmermädchen

wird **für sofort gesucht.**

Hotel Maisch.

Verloren.

Damenschirm am Sonntag bei der Hochzeit im Ankersaal **vertauscht.** Es wird gebeten, denselben zurückzugeben bei **F. Batt,** Buchbinderei **Calmbach.**

Wildbad.

Café Sonne

Konditorei — Confitüren

Neu eröffnet

empfiehlt sich den geehrten Einwohnern von Wildbad und Kurgästen.

Spezialität:

Selbstgebackene Kuchen und Kleingebäck aus eigener Konditorei.

Lieferung ganzer Torten und Kuchen, Kaffee, Tee, Chocolade zu jeder Tageszeit. — In reicher Auswahl Chocolade, Bonbon, Confitüren, Bonbonieren.

Um geneigten Zuspruch bittet

Café Sonne.

Flüssige Teerseife

zur Haarwäsche

in vorzüglicher Qualität

Grosse Flasche monatelang ausreichend

Mark 7.—

bei **Chr. Schmid u. Sohn**

Abt. Parfümerie

Nur König-Karlstrasse 68 Neben Hotel Deutscher Hof

Fernruf 85

Bin unter **Nr. 162** an das **Telefonnetz angeschlossen.**

Gleichzeitig bringe ich mein Geschäft in empfehlende Erinnerung.

FRITZ PFAU, Bäckermeister.

Ich kaufe

Württemberg und Bayern Kreuzermarken

möglichst auf Briefen, gut erhalten.

Angebote an

Rau, Bergfrieden, Wildbad.

Gewerbebank Neuenbürg G. m. u. H.

Agentur der Württ. Notenbank / Reichsbank Giro-Conto
Postscheckkonto No. 3927 / Telephon 43.

Wir empfehlen unsere Dienste bestens für alle ins Bankfach einschlagenden Geschäfte, insbesondere:

Eröffnung von lfd. Rechnungen mit und ohne Creditgewährung.

Gewährung v. Darlehen auf bestimmte Zeit.

Eröffnung von Ueberweisungskontis, (Giro-Verkehr) mit Zinsvergütung zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs, hiezu stehen unsern Kunden Checkhefte zur Verfügung.

Diskontierung u. Einzug von Wechseln und Checks.

Annahme von Anlehen und Spargeldern in beliebiger Höhe.

Jede gewünschte Auskunft wird an unserer Kasse gerne gewährt.

Central-Verband der Forst-, Land- und Weinberg-Arbeiter. :-: Bezirk Württemberg.

Wald-Arbeiter-Versammlung.

Am **Sonntag, den 6. Juli 1919, nachmittags 2 Uhr,** findet im Saale des Gasth. z. **Alten Linde** in Wildbad für alle Holzhauer und Waldarbeiter der Forstämter Meistern, Wildbad, Enzklösterle, Herrenalb, Calmbach, Langenbrand und Neuenbürg eine allgemeine Bezirksversammlung statt.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum Waldarbeitertarif.
2. Anträge zu den bevorstehenden Verhandlungen.

Zu dieser wichtigen Tagung sind alle Kollegen der genannten Forstämtern freundlichst eingeladen.

Laub, Bezirksleiter.

Calmbach.

2—3 tüchtige

Gattersäger

für dauernde Beschäftigung **sofort gesucht.**

Chr. Keller,
Sägwerk.

Ein starker

Handkarren

ist preiswert zu **verkaufen.** Wo? sagt die Expedition.

Die Damen und Herren der beiden Tanzkurse

„Frei weg und Carmen“

werden zu der **heute Abend 8 Uhr** in der „Alten Linde“ stattfindenden

Besprechung

höflichst eingeladen.

Auf **15. Juli** wird

ordentliches Mädchen

gesucht für Zimmer- und Hausarbeit.

Offerten an die Expedition ds. Bl. unter **Nr. 10.**

Café Bechtle - Weinstube

Wildbad.

Ia. alte und neue

Rot- und Weissweine

im Ausschank.

Mädchen-Gesuch

Für **Zimmer- und Hausarbeit** wird für sofort ein **tüchtiges Mädchen gesucht.**

Villa Ladner,
Wildbad.

Artikel für die Wäsche.

Panamaholz, Fleckenwasser, ganz vorzüglich für Schmutz u. Fettflecken.
Chlorkalk, Kleesalz,
Eau de Javelle,
Wäschezeichentinte,
Fleckenstifte für Rost Tinte, Obstflecken usw.

Pharmac. Laboratorium,
Stadt-Apotheke
Wildbad.

Heiratsantrag!

2 junge, strebsame, solide Herren (gediente Unteroffiziere) wünschen auf diesem Wege die Bekanntschaft mit ebensolchen Fräulein im Alter von 18 bis 24 Jahren zwecks späterer **Heirat.** Offerten mit Bild (nicht annonym) sind unter **Nr. 324** an die Geschäftsstelle ds. Bl. zu richten.

Achtung!

Versende 4 Muster für leicht verkäufl. Artikel für nur Mk. 2,50 gegen Einsendung des Betrags oder Nachnahme. Wiederverkäufer an jedem Ort gesucht. **Versandhaus Wittmann, Lehningen** bei Pforzheim (Baden).

Ev. Jünglingsverein

Donnerstag Abend 8 Uhr

Vereinsabend.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw